

Inhalt:

Seite 1 -2:

Durchgezockt. Riza Baran zu den Landesbeiratswahlen am 3. Mai 2012

Seite 3 – 4:

Empowerndes Kino im MRBB: «Residenzpflicht». Eine Dokumentation von Denise Garcia Bergt

Das «Afrikanische Viertel». Enthüllung der Informationstafel am 8. Juni 2012

Seite 5:

Der MRBB unterstützt den Call for Proposals von korientation und freitext.

Seite 6:

Aktuelle Pressemitteilungen

Die in **Leben nach Migration** wiedergegebenen Stimmen und Perspektiven sind nicht gleichzusetzen mit den Positionen und Ansichten des MRBB.

Kein Wir ohne Uns

Durchgezockt

Riza Baran zu den Landesbeiratswahlen am 3. Mai

Die wegen formaler Unzulänglichkeiten neu angesetzte Wahl zum Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen vom 3.5.2012 ist wieder mal ein gutes Beispiel für die Lücken des Konzeptes der „Direkten Demokratie“, so schön sich das Konzept auch theoretisch anhört. Denn mit Formen von „Direkter Demokratie“ muss man verantwortungsbewusst umgehen, sonst verkehrt sie sich in ihr Gegenteil.

Die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten wurde nämlich manipuliert. Zwar ganz offen und vorhersehbar, aber dennoch eben manipuliert. Das Problem dabei besteht darin, dass es weder zu verhindern war, noch anzufechten ist, da formaljuristisch alles korrekt ablief.

Im Rahmen des Partizipations- und Integrationsgesetzes (PartIntG) wurde die Konstituierung eines Landesbeirates beschlossen (29.04.2003). 7 der 25 Mitglieder sind dabei durch die organisierten Vertreter_innen der migrantischen Communities zu wählen. Dabei werden 6 der 7 Plätze nach regionalen Gesichtspunkten vergeben. Das Gremium (Wahl alle 5 Jahre) hat die Aufgabe, den Senat in integrationspolitischen Fragen zu beraten und zu unterstützen.

Nach der Wahl vom Dezember 2011 hatten zwei Vereine die Wahl angefochten. Dem wurde 16.01.2012 stattgegeben. Seit der letzten - ungültigen - Wahl vom 5.12.2011 hatten sich über 50 angeblich neue Vereine und Organisationen gegründet, die sofort zu dieser Wahl am 3.5.2012 wahlberechtigt waren. Für jede der 159 zugelassenen Organisationen durfte ein_e Delegierte_r wählen. Wahlberechtigt war ebenfalls jede_r, auch wenn er_sie selbst zu den zu Wählenden gehörte.

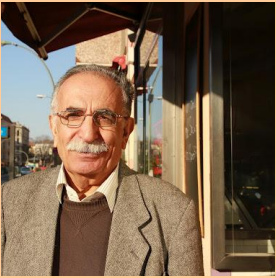
Diese wundersame Vermehrung der Grup-

pen fand jedoch auf Initiative der TGB, eines großen Verbandes, (TGB - Türkische Gemeinde zu Berlin e.V.; konservative Orientierung) statt, die so ihren Einfluss auf die Wahlen entscheidend stärken wollte. Niemand schritt ein und es wurde auch keine Diskussion darüber geführt, ob die Wahlberechtigung nicht von einer Mindestzeit bezüglich der Vereinsexistenz abhängig gemacht werden sollte (beispielsweise 1 Jahr).

Ziel der TGB war es, möglichst nur Vertreter_innen zu wählen, die sich auf deren inhaltliche Positionen berufen. Dafür kündigte die TGB sogar eine Abmachung (30.4.2012) mit dem TBB (Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.; sozialdemokratische Orientierung) und der kurdischen Vertretung (Kurdische Gemeinde zu Berlin-Brandenburg e.V.) auf. Die Abmachung bestand darin, dass es einen ausgewogenen Proporz zwischen den verschiedenen Minderheiten bei der Vertretung geben soll. Für die Region der Türkei sollten für die Wahl zwei Personen nominiert werden, wovon eine kurdischer Abstammung sein sollte, während sich die beiden Dachorganisationen TBB und TGB untereinander darüber verständigen sollten, wer als zweite Person nominiert werden sollte.

Die Dominanz der TGB beruht allerdings nicht nur auf dem_der Vertreter_in für die Region der Türkei. Auch alle anderen Gewählten sind TGB-orientiert bzw. von ihm abhängig, da sie sonst gar nicht gewählt worden wären, da er seine Abstimmungsmehrheit rücksichtslos umgesetzt hat.

Die so Überfahrenen befürchten nun, dass ihre Anliegen nicht mehr ausreichend in den integrationspolitischen Dis-



Riza Baran kämpft seit Jahrzehnten gegen Rassismus und für Demokratisierung in Berlin und darüber hinaus. Er ist Gründungsmitglied des MRBB und seit vielen Jahren Vorsitzender der Kurdischen Demokratischen Gemeinde zu Berlin-Brandenburg e.V.

kurs in dieser Stadt einfließen werden. Und das, obwohl sie große und wichtige Minderheiten darstellen – sowohl die Kurd_innen, als auch die türkisch-sozialdemokratischen Kräfte. Die Selbstbescheidung der bisherigen Vielfalt, welche die Migrant_innen in Berlin auszeichnete, wird sich kontraproduktiv auswirken. Sowohl bei der Zusammenarbeit des Landesbeirats mit dem Senat, als auch in der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion. Dadurch dürfte eine echte Integration um Jahre zurück geworfen werden, während die Konfrontationen ansteigen werden.

Dabei sollte die rechtliche Verankerung des Landesbeirats dazu führen, dass die Berliner Bevölkerung mit migrantischem Hintergrund stärker als bisher bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik berücksichtigt werden sollte. Dies wäre zu wünschen, denn auf den Beirat wie auf die Integrationspolitik warten schwierige Aufgaben, da das gegenseitige Vertrauen zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft in letzter Zeit arg beschädigt worden ist.

Nachzufragen ist allerdings auch, warum sich über 40 der wahlberechtigten Vereine bei der Wahl nicht beteiligt haben?

Die religiös orientierten Migrant_innenvertreter_innen, die jetzt im Landesbeirat vertreten sind, zeigen zwar eine unübersehbare Verschiebung an. Aber es ist nun abzuwarten, wie deren inhaltliche Arbeit tatsächlich ausgestaltet wird. Das heißt, es ist zu hoffen, dass sie sich intensiv um die alltäglichen sozialen und ökonomischen Probleme der Bevölkerung kümmern werden und nicht nur um ihre eigenen Interessen. Die konservative und unausgewogene Einförmigkeit der neuen Landesbeiratsmitglieder aus dem Migrant_innenbereich lässt daran Zweifel aufkommen. Sie werden sich an ihren Taten messen lassen müssen!

Vom Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. wird die Ansicht vertreten, dass der religiöse Hintergrund der Gewählten bei der Wahrnehmung ihrer Funktion keine Rolle spielen solle und dürfe (vgl. GG Art. 4). Vielmehr gehe es darum, dass die verschiedenen Minderheiten der Berliner Migrant_innenbevölkerung angemessen vertre-

ten sein sollten. Darin, dass dies nun nicht mehr bzw. weit weniger als vorher der Fall ist, sieht der Migrationsrat eine große Gefahr.

Eine Wahl von neuen und/ oder jüngeren Menschen in den Landesbeirat ist also nicht per se ein Fortschritt, wie in einigen Pressemitteilungen (vgl. Presseerklärung von Suanna Kahlefeld von der Grünen AH-Fraktion vom 8.5.2012) suggeriert wurde. Die Herabwürdigung (Es sind „vernünftige und hoch gebildete Menschen“ gewählt worden [Yonas Endrias zur Neuwahl in der TAZ vom 7.5.2012]) der ehemaligen Landesbeiratsmitglieder ist ein schlechtes Zeichen für die Arbeit der neuen Vertreter_innen.

Über die neue politische Gemengelage könnte man scherzen, wenn es nicht um so ernste Problemlagen gehen würde: Zu einem CDU/SPD-Senat passt eine konservative TGB-Majorität eben besser, als zu einem Rot-Roten Senat – da war der TBB besser geeignet. Ob unter den neuen Vorzeichen eine echte kritisch-oppositionelle Aktivität im Sinne der Migrant_innen umgesetzt werden wird, ist doch sehr zu hinterfragen.

Die bisherige - angeblich monopolisierte - Vertretung der Migrant_innen durch TBB-orientierte Gewählte im Beirat, wie auch in der ganzen Stadt (Yonas Endrias zur Neuwahl in der TAZ vom 7.5.2012) kann so schlecht nicht gewesen sein, denn als Erfolg kann sich nicht nur auf das ParlIntG und auf den institutionalisierten Landesbeirat verwiesen werden, sondern auch auf viele andere Fortschritte – und zwar Fortschritte im Sinne der Bevölkerung! Dies widerspricht unübersehbar dem Gerücht, dass Organisationen, die Fördergelder erhalten, dem Senat nach dem Munde reden würden.

Diese parteipolitische Herabwürdigung des TBB widerspricht beispielsweise auch der wissenschaftlichen Wirkungsanalyse zu TBB und TGB (vgl. Valentin Rauer: Die Öffentliche Dimension der Integration – Migrationspolitische Diskurse türkischer Dachverbände in Deutschland; 2008; Bielefeld).

Empowerndes Kino im MRBB: «Residenzpflicht» . Eine Dokumentation von Denise Garcia Bergt

Am 6. Juni zeigte der MRBB im Familiengarten den Dokumentarfilm «Residenzpflicht» der brasilianischen Filmemacherin Denise Garcia Bergt. Der Einladung folgten an die Hundert Menschen. Die Doku, die in enger Zusammenarbeit mit Aktivist_innen verschiedener Flüchtlings-selbstorganisationen entstanden ist, thematisiert die Situation von Asylbeantragenden und Menschen, die in Duldung leben. Der Fokus liegt auf dem politischen Kampf, den diese Organisationen seit Jahren gegen die gesetzliche Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, die ihnen durch die so genannte Residenzpflicht auferlegt ist, führen. Darüber hinaus gibt der Film einen Einblick in die Asylpolitik Deutschlands, die eine Politik der Abschreckung ist. Das Leben von Asylsuchenden ist geprägt von der Unterbringung in isolierten Lagern, einem entwürdigendem Gutscheinsystem, dem Verbot zu arbeiten und zu studieren, Behördenwillkür sowie Alltags- und institutionalisiertem Rassismus.

Bergt hat über drei Jahre eng mit vielen politisch aktiven Flüchtlingen zusammen gearbeitet. Sie sind die Protagonist_innen in ihrem Film. „Ich wollte keine Opferperspektive, sondern aktive Kämpfer_innen.“ Vielleicht ist das ein Grund, warum sich das deutsche Fernsehen nicht für ihren Film interessiert, denn hier sei meist eine Opferperspektive gefragt, wenn es um Schwarze oder PoC geht, so Bergt während der Diskussionsrunde im Anschluss an den Film. Bergt kontrastiert das Selbstbild Deutschlands, ein freies, demokratisches und weltoffenes Land zu sein, mit der Realität hier lebender Migrant_innen und Flüchtlingen. Diese Diskrepanz zwischen Selbstkonstruktion und Realität war es auch, die sie zu diesem Projekt motivierte. „Asylbeantragende werden in Deutschland wie Kriminelle behandelt“, so die Filmemacherin.

Die Aktivist_innen engagieren sich für weit mehr, als für die Abschaffung der Residenzpflicht oder für ein Bleiberecht. Es geht um die Einforderung von Menschenrechten für alle, unabhängig von Nationalität und Herkunft. „Wir wollen gegen das System kämpfen“, so Osaren Igbinobu (The Voice Refugee Forum), einer der Protagonisten, „es geht nicht nur darum, hier in Deutschland bleiben zu können.“ Flucht- und Migrationsbewegungen müssen im globalen und historischen Kontext gesehen werden, als Teil einer globalen Weltordnung. „Sie wollen nicht, dass Menschen, die Opfer des Systems sind, hier her kommen,“ betont Igbinobu „die Ironie dabei ist, dass sie kommen, weil sie die Propaganda glauben, dass es hier so schön, so freundlich, so frei sei.“

Die Perspektiven, der vom System Marginalisierten (von dem Europa - oder zumindest die Eliten Europas - seit Jahrhunderten profitiert) könnten die Fassade der europäischen Selbstkonstruktionen zum Bröckeln bringen. Die materiellen Privilegien zu verteidigen sowie den Geschichten von Flüchtlingen und Migrant_innen so wenig wie möglich Raum zu geben, lässt sich die EU viel kosten, auch dies zeigt der Film. Die Menschen werden an der Einreise gehindert, so schnell wie möglich wieder abgeschoben, oder es wird ihnen jegliche Möglichkeit auf gesellschaftliche Teilhabe genommen und ihre Bewegungen werden überwacht und kontrolliert. Wenn von all dem etwas in die Öffentlichkeit dringt, dann wird das Vorgehen von der Politik mit den Schlagworten „Sicherheit“ und „Freiheit“ gerechtfertigt und es werden die bekannten rassistischen Stereotypen über die „Anderen“ bedient. Von den Mainstream-Medien wird dies reproduziert und von der Bevölkerung mehrheitlich angenommen. Geschützt werden so die auf rassistischer Grundlage erworbenen Privilegien sowie die sie begleitenden und legitimierenden Konstruktionen einer überlegenen weißen Kultur.

«Residenzpflicht» zeigt auf, dass die Menschenrechte von Asylbewerber_innen

Am 10. Mai wurde «Residenzpflicht» zum ersten Mal als Teil der Aktionstage gegen Botschaftsunterstützungen bei Abschiebungen im Babylon Kino gezeigt. Für mehr Informationen und Hintergründe zu den Aktionstagen empfehlen wir das Radio-Gespräch zwischen Mbolo Yufanyi (The Voice Refugee Forum Berlin), und Iris Rajanayagam (Plataforma der Migrant_innen und Flüchtlinge) sowie anderen Aktivist_innen:
<http://tinyurl.com/rebootfm>

Am 20. Juni ist UN-Weltflüchtlingstag. Passend dazu verhandelte das Bundesverfassungsgericht an diesem Tag darüber, ob die Leistungen für Asylbewerber_innen in Deutschland das Existenzminimum abdecken. Die Bundesverfassungsrichter_innen bezweifeln, dass dies mit Sachleistungen und 40 Euro Bargeld im Monat möglich ist. Zu einem Urteil wird es

wohl erst nach der Sommerpause kommen. Ausführliche Informationen gibt es unter:

http://tinyurl.com/migazin210612

durch deutsche Gesetze beschnitten sind: „Ausländer_innen haben Probleme in diesem Land und zwar durch das Gesetz. Diese Gesetze müssen geändert werden, damit sie uns wie Menschen behandeln und wir mit den Deutschen wie Brüder und Schwestern leben können,“ so Chu Eben (Refugee Emancipation e.V.) im Film. Der unermüdliche Kampfgeist der Aktivist_innen im Film macht Mut. Sie glauben daran, dass ein Kampf gegen die Herrschaftsverhältnisse möglich ist. „Wir sind mehr als sie, (...) wir sind viel, viel mehr als

sie und wir haben die Macht,“ unterstreicht Igbinobu am Ende des Films und fordert jede_n auf sich am Kampf zu beteiligen. Ein Kampf der Unterdrückten und Marginalisierten für Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit, eine Revolution of Color. Schon wegen seiner empowernden Wirkung lohnt es sich diesen Film anzuschauen. Die nächsten Termine sowie weitere Informationen sind einzusehen unter:

http://residenzpflichtdoc.com/sb

Das «Afrikanische Viertel»

am 8. Juni wurde im Wedding (U6 Rehberge, Müllerstraße Ecke Otawistraße) eine Informationstafel zum «Afrikanischen Viertel» enthüllt.

Im Bezirk Berlin-Mitte wurde im «Afrikanischen Viertel» eine Informations- und Gedenkstelle errichtet. Auf der Vorderseite (rechts) ist ein Text der Bezirksverordnetenversammlung zu lesen und auf der Rückseite (links) ein Text, der gemeinsam von NGOs erstellt wurde (Afrikarat Berlin Brandenburg, Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER), Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) Berlin, Postkolonial und AfricaAvenir International). Beide informieren über die Geschichte des Viertels, des deutschen Kolonialismus in Afrika und des antikolonialen afrikanischen Widerstands. Die Tafel soll der erste Schritt sein zur Umgestaltung des größten deutschen Kolonialviertels zum "postkolonialen Lern- und Gedenkort", dessen Errichtung der Bezirk 2011 beschlossen hat. Aktivist_innen fordern des Weiteren seit Jahren die Umbenennung der nach Kolonialherren benannten Lüderitzstraße, der Petersallee und des Nachtigalplatzes zu Ehren getöteter afrikanischer Widerstandskämpfer_innen. sb

Informational panel with text and images. Text includes: 'Mit seinen Straßennamen erinnert das so genannte Afrikanische Viertel in Berlin-Mitte an verschiedene Phasen der deutschen Geschichte...', 'Der deutsche Kolonialismus in Afrika', 'Rassismus und historische Verantwortung', 'Wegen der besonderen Verantwortung von Lüderitz, Nachtigal und Peters...'. Images include a map of Africa, a historical photo of a slave ship, and a photo of the 'Ghanastraße' sign.

Informational panel with text and images. Text includes: 'Das Afrikanische Viertel in Berlin ist mit seiner großen Zahl an Afrika- und Kolonialbezügen im Stadtteil Wedding in Deutschland...', 'Spiegelbild der deutschen Sicht auf Afrika in vier Epochen', 'Kolonialisten als Nannengeber', 'Ghanastraße'. Images include a map of the neighborhood, a historical photo of a slave ship, and a photo of the 'Ghanastraße' sign.

Der MRBB unterstützt den Call for Proposals von **korientation** und **freitext**

Der MRBB setzt sich auf unterschiedlichen Ebenen für eine pluralistische Gesellschaft ein. Wer, was oder wie die deutsche Gesellschaft ist, wird von allen Menschen mitgeprägt, die hier leben. In den Main-Stream-Medien erfolgt die Auseinandersetzung über das, was uns bewegt, schmerzt, erfreut, meist reduziert aus einer weißen Perspektive. Dies spiegelt nicht unsere heutige Realität wider und stellt ein klares Demokratiedefizit dar. Gerne unterstützen wir deshalb Initiativen, die auf heterogene Stimmen setzen, ihnen einen Raum geben und so den Diskurs erweitern.

Über die Kollaboration von **freitext** und **korientation** haben wir uns besonders gefreut und drucken im Folgenden ihren Call for Proposals ab, ein Aufruf an Deutschasiat_innen und asiatische Deutsche. Auf das Ergebnis sind wir jetzt schon gespannt und möchten ein Exemplar vorbestellen!

Liebe Leute, das Stichwort der **freitext-korientation-Collabo-Ausgabe im Frühjahr 2013** ist: **Masse**.

Die 21. Ausgabe des Kultur- und Gesellschaftsmagazins **freitext** entsteht in Kollaboration (im HipHop-Jargon auch bekannt als **Collabo**) mit dem asiatisch-deutschen Netzwerk **korientation**. Ziel ist die Erarbeitung deutschasiatischer Perspektiven, weshalb deutsch-asiatischen Autor_innen nach Möglichkeit der Vorzug gegeben wird. **Masse** im Abseits, unsichtbare **Masse**, gewaltige, gehaltvolle, genüssliche oder doch lieber geistige **Masse**? **Critical Mass** – kritische **Masse** – ist das nicht der Titel einer Kulturzeitschrift von **Asian-Americans**? Vielleicht – eines Tages auch in **Germaisia**? In dieser **Collabo-Ausgabe** geht es nicht nur darum Fremdbilder von **Asiat_innen** und

Selbstbilder von asiatischen Deutschen darzustellen. Ebenso wichtig ist es asiatisch-deutsche Lebenswelten, Räume und Widerstandsgeschichten ins Blickfeld zu rücken. Natürlich spielen hierbei transnationale Verbindungen eine Rolle, aber auch die Koalitionsarbeit zwischen den Communities kann spannend sein, da Fragen einer imaginierten Dazugehörigkeit (*imagined kinship*) aufgeworfen werden. Also lieber **Masse** statt **Klasse**? Bei **freitext** muss das eine das andere nicht ausschließen. Obwohl Beiträge von asiatischen Deutschen in dieser Ausgabe bevorzugt werden, freuen wir uns auch auf Beiträge aus anderen Communities, welche in das Konzept der **freitext-korientation-Collabo-Ausgabe** passen. Wie immer gilt auch dieses Mal, dass sich die literarischen Beiträge am Thema orientieren können – aber auch andere Themen willkommen sind. Explizit fordern wir auch Fotograf_innen, Illustrator_innen, visuelle Künstler_innen auf, Arbeiten für den Abdruck einzureichen. Bei Interesse bitte lektrat@freitext.com kontaktieren. In Absprache mit den Autor_innen werden einige Texte auch auf dem Migrationsportal der Heinrich-Böll-Stiftung (www.migration-boell.de) veröffentlicht.

Termine:

Bitte schickt uns spätestens bis zum 15. Juli 2012 Abstracts von Essays bzw. Ideen und Vorschläge für künstlerische und literarische Beiträge (nicht mehr als eine Seite) an:

lektorat@freitext.com

*Die **freitext-korientation-Collabo-Redaktion***

Mehr Informationen unter:

<http://korientation.de/2012/06/freitext-and-korientation-call-for-papers-masse/>

freitext
Kultur- und Gesellschaftsmagazin

freitext: beschäftigt sich aus transkultureller Perspektive mit Kulturproduktion in Deutschland, präsentiert Werke bildender Künstler_innen und veröffentlicht belletristische wie philosophisch-essayistische Arbeiten. Das Magazin erscheint zwei Mal jährlich und existiert seit nunmehr über 8 Jahren. Mehr Infos unter: www.freitext.com



korientation ist eine Selbstorganisation von Deutsch-Asiat_innen/Asiatischen Deutschen und versteht sich als Plattform, die den vielfältigen Lebenswirklichkeiten von Deutsch-Asiat_innen Ausdruck und Präsenz verleiht und einen community-übergreifenden Austausch ermöglicht. **korientation** arbeitet projektorientiert zu unterschiedlichen gesellschaftsrelevanten Themen und Fragestellungen. Besonderes Augenmerk ist auf Fragen der Migration, Diversity, Geschlecht und Arbeit gerichtet. **korientation** verfolgt das Ziel einen Beitrag zur Entwicklung einer pluralen, deutschen Gesellschaft zu leisten. Mehr Infos unter: www.korientation.de

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:
Necat Sunar,
Koray Yilmaz-Günay,
Angelina Weinbender (aw),
Sabine Bretz (sb),

*Texte können verwendet und ver-
vielfältigt werden, sofern die Quelle
angegeben ist.*

www.mrbb.de

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von POC, Migrant_innen und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator_innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

Presseinformation im Juni

Öffentlicher Beschwerdebrief an die S-Bahn wegen rassistischer Vorfälle

Berlin, 30.05.2012: Am Donnerstag, den 31. Mai 2012 übergibt das Bündnis gegen Rassismus einen öffentlichen Beschwerdebrief an die Berliner S-Bahn. Anlass sind die jüngst bekannt gewordenen rassistischen Vorfälle von Seiten der bei ihr angestellten Fahrscheinkontrolleure.

Mit dem öffentlichen Beschwerdebrief möchte das Bündnis gegen Rassismus die S-Bahn dazu auffordern, Stellung zu den rassistischen Vorfällen zu beziehen und gegen diese konsequent vorzugehen.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/S-BahnBeschwerdebrief>

Meinungsfreiheit nur für Mehrheitsgesellschaft?

Berlin, 31.05.2012: Seit zehn Tagen läuft eine rassistische Hetzkampagne gegen die vielbeachtete Kolumnistin der Frankfurter Rundschau und Berliner Zeitung Mely Kiyak. Die Kampagne wurde von der rechtspopulistischen Internetseite PI-news forciert und anschließend von anderen rassistischen Seiten aufgenommen. Am 26. Mai schloss sich auch die Bild-Zeitung mit einem verleumdenden und verfälschenden ganzseitigen Beitrag dem rechtspopulistischen Diskurs an.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/MelyKiyak>

Fachtagung „Inklusion durch Partizipation“

Günter Piening, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration, eröffnet bundesweite Fachtagung zur Förderung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/inklusiondurchpartizipation>

Offener Beschwerdebrief an den Tagesspiegel

Berlin, 18.06.2012

An das Redaktionsteam,
An Frau Buntrock und Frau Schulze,

mit Entsetzen und größtem Widerwillen haben wir ihre reißerische Berichterstattung um die Ermordung von Semanur S. verfolgt. Wir verurteilen aufs Schärfste Ihren herablassenden, menschenverachtenden und rassistischen Journalismus, der jegliche Sensibilität und Solidarität vermissen lässt. Gewalt gegen Frauen ist in allen Kulturen und Schichten verbreitet und ist die weltweit am meisten vorkommende Menschenrechtsverletzung.

Weiterlesen unter:

<http://tinyurl.com/Beschwerdebrieftagesspiegel>

Bündnis gegen Rassismus

Termine und Ort werden auf der Homepage des MRBB veröffentlicht unter:

<http://tinyurl.com/BuendnisgegenRassismus>